

Mayer, Otto G.

Article — Digitized Version

Schwerer Weg für Europa

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mayer, Otto G. (1973) : Schwerer Weg für Europa, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 1, pp. 4-5

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134485>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

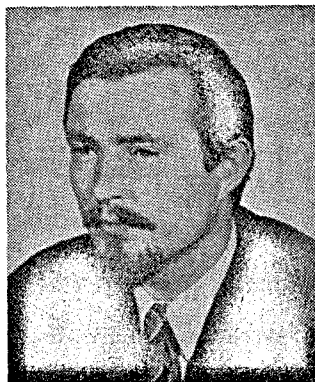
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Schwerer Weg für Europa

Mit wohlklingenden Kommentaren wurde das Inkrafttreten des Beitrittsabkommens mit Großbritannien, Irland und Dänemark zum 1. Januar 1973 bedacht. Das historische Ereignis der Erweiterung der EWG auf neun Mitgliedstaaten führt zur Bildung der größten Handelsmacht und zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht hinter den USA und vor der UdSSR. Allerdings bedeutet dies im Augenblick nicht mehr und nicht weniger als eine Addition von numerischen Größen. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der EWG-Erweiterung werden nicht sofort spürbar sein, da sich die Integration der neuen Mitglieder in einer fünfjährigen Übergangszeit vollzieht.

Vor diesem Hintergrund des mehr mechanischen Eingliederungsprozesses vollzieht sich aber auch ein qualitativer Prozeß für die EWG. Aus diesem Grunde ist es nur allzu verständlich, wenn der Erweiterung nicht nur in den beitretenden Ländern, sondern auch in der bisherigen EWG selbst mit gemischten Gefühlen begegnet wird. Ist Europa einerseits nicht denkbar ohne seine neuen Mitglieder, so können sie andererseits zusätzlicher Ballast für die an Problemen bestimmt nicht arme Gemeinschaft sein.

Dieser Gedanke wurde allerdings in den meisten Stellungnahmen übergangen. Ihr Schwerpunkt lag auf dem Hinweis auf die langfristigen Ziele und Visionen, unter denen die EWG vor 15 Jahren mehr implizit angetreten war, die sich mittlerweile zu konkreten Wünschen verdichtet haben und deren Erfüllung man durch die Erweiterung einen Schritt nähergekommen zu sein glaubt. Gemeint ist die Entwicklung hin auf eine nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Einigung Europas. Auf ihrer Gipfelkonferenz im letzten Jahr in Paris verliehen die Regierungschefs der Neun diesem Wunsche auch nahezu offiziellen Charakter, indem sie die Ausdehnung des EWG-Vertrages auch auf die soziale und regionale Entwicklung ins Auge faßten, damit die Mitgliedstaaten die „Gesamtheit ihrer Beziehungen“ vor Ablauf dieses Jahrzehnts, also bis 1980, in eine Europäische Union umwandeln können.

Eine große Verpflichtung liegt damit auf der erweiterten EWG; doch es besteht die begründete Ansicht, daß diese Idee zu groß, zu umfassend und zu abstrakt ist, um damit im täglichen Kleinkrieg um die notwendigen Schritte auf dieses Ziel hin leben zu können und um sie zur allseitigen Richtschnur des Handelns zu machen. Dies nicht nur deshalb, weil die Regierungschefs in Paris den Versuch wohlweislich unterlassen haben, dieses Ziel konkret zu definieren, sondern auch weil es nach 15 Jahren EWG-Erfahrung schwer fällt zu glauben, daß sich in der Hälfte der Zeit das „Europa der Geschäfte“ zu einem „Europa der gleichen und besseren Lebenschancen“ mit demokratischen und gemeinsamen Institutionen wandeln könnte.

Die Bilanz der Sechsergemeinschaft weist zwar im Augenblick der Erweiterung mehr auf an europäischer Zusammenarbeit, als viele Pessimisten anfangs erwarteten. Wesentliche Ergebnisse sind die Zollunion, eine gemeinsame Agrarpolitik und die Alleinzuständigkeit der Brüsseler Institutionen für die Handelspolitik mit Drittländern. Allerdings ist dies wiederum nicht so viel, wie man nach den Intentionen der Römischen Verträge hätte erwarten können.

Wären diese vor allem auf eine Zollunion hinausgelaufen, hätten Großbritannien und die anderen Länder wahrscheinlich schon bei der Gründung der EWG nicht

abseits gestanden, um eine Freihandelszone, die EFTA, zu gründen, der „nur“ der gemeinsame Außenzoll fehlte. Die Agrarpolitik für sich genommen ist alles andere als ein Ruhmesblatt in der Entwicklung der europäischen Gemeinschaft. Die Errichtung des gemeinsamen Agrarmarktes hat sich mittlerweile als eine verfehlte Konstruktion erwiesen, die ungeheure Geldmittel verschlingt und dem Verbraucher teuer zu stehen kommt, ohne ihr Ziel zu erreichen, den Landwirten wirklich befriedigende Einkommen zu sichern. Die gemeinsame Handelspolitik wiederum ist so eng definiert, daß sie von den einzelnen Ländern leicht durch die Kennzeichnung entsprechender bilateraler Beziehungen zu Drittländern mit dem Terminus „Zusammenarbeit“ unterlaufen werden kann. Stellt man diesen Errungenschaften die noch ausstehenden Regelungen gegenüber, die gefunden werden müssen, nur um wirklich von einem „gemeinsamen“ Markt sprechen zu können — angefangen beim Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse bis hin zur Niederlassungsfreiheit in wichtigen Bereichen —, dann erst erhält man einen Eindruck von dem mühsamen Weg und den komplizierten Problemen, die allein auf wirtschaftlichen Teilgebieten noch zu lösen sind.

Ohne den guten Willen und die Integrationsbereitschaft der neuen Mitglieder in Frage zu stellen, gibt es genug Grund zu der Befürchtung, daß auf dem Wege zu den angestrebten Visionen zusätzliche entscheidende Verzögerungen eintreten werden. Man kann von den neuen Mitgliedern nicht mehr verlangen, als die alten zu geben bereit sind. Im Gegenteil, sie haben den fünfzehnjährigen Vorsprung an Erfahrungen in der Zusammenarbeit und Integration erst einmal aufzuholen. Diese mangelnden Erfahrungen können aber dazu führen, daß in Zukunft Meinungsunterschiede nicht nur wie bisher zu Krisen *im* System, sondern zu Krisen *des* Systems ausufern können.

Die ersten und wichtigen Prüfsteine für die erweiterte EWG im Hinblick auf ihr großes Ziel fallen schon in diesem Jahr an: Entscheidungen über den Umfang und die Art der Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion und über „Maßnahmen zur Verbesserung der Entscheidungsverfahren des Ministerrates und der Kohärenz des gemeinschaftlichen Handels“. Beide Probleme, zusammen mit dem sozialen Ausbau der Gemeinschaft, müssen gelöst werden, will man nicht bei einem gutsituierten Wirtschaftsclub stehen bleiben und den Traum der europäischen Union in eine europäische Frustration verwandeln. Die Aussichten für entsprechende Lösungen sind durch die Erweiterung allerdings nicht unbedingt besser geworden.

Anfang April soll der Europäische Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit eingesetzt werden, doch schon wurden in den beitretenden Ländern Stimmen laut, die die Zweckmäßigkeit nicht nur der Konstruktion, sondern überhaupt der Idee in Zweifel ziehen. Im Mai muß die EG-Kommission einen Bericht vorlegen über die Aufteilung der Befugnisse und Verantwortlichkeiten zwischen den Organen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten, die für ein reibungsloses Funktionieren einer Wirtschafts- und Währungsunion notwendig ist.

Man wird abwarten müssen, welche konkreten Vorschläge die Kommission unterbreiten wird. Nur wäre es vermessen zu glauben, daß Vorschläge über notwendige Verlagerungen von konjunktur- und währungspolitischen Kompetenzen auf Gemeinschaftsorgane in absehbarer Zeit Aussicht auf eine Verwirklichung haben. Abgesehen von den bekannten Vorbehalten der alten Mitgliedstaaten muß Heath noch lange Zeit Rücksicht nehmen auf die nationale Empfindlichkeit seiner Briten. Und aus Dänemark war häufig genug zu hören, daß man vor allem an den handelsmäßigen Vorteilen, nicht jedoch an der Aufgabe nationaler Zuständigkeiten, interessiert sei.

Daraus ergibt sich aber auch wiederum, daß kein Interesse daran bestehen dürfte, das bisherige Entscheidungsverfahren des Ministerrates zu ändern. Allerdings wollen die neuen Mitglieder damit nichts anderes als die alten. Da aber durch die Erweiterung die Zahl der Probleme nicht abnimmt, sondern sich vergrößert — man denke nur an die unterschiedlichen wirtschaftlichen Niveaus und Strukturen —, wird der Nenner, auf den sich die EWG-Mitglieder in Zukunft einigen können, noch kleiner werden, bzw. es werden nur noch vagere Prinzipien formuliert und die Regelung von Sachfragen auf spätere Zeitpunkte verschoben. Das Beispiel der Pariser Gipfelkonferenz, die genau dieser Norm huldigte, dürfte zu denken geben.